

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Erich Hess/Janosch Weyermann/Daniel Michel/Thomas Glauser, SVP): Vorsätzlich gelegter Brand in Moria: Offene Fragen hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen. Was kommt alles auf den Steuerzahler zu?

Brand im Migrantenlager Moria: Mit seiner Pressemitteilung vom 09.09.2020 (https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/stadt-bern-will-fluechtlinge-aus-moria-aufnehmen) hat der Gemeinderat die Absicht geäußert, Migranten von der griechischen Insel Lesbos direkt nach Bern zu verbringen. Begründet wurde dies mit dem mutmasslichen Willen der Berner Bevölkerung sowie den angeblichen Kapazitäten in der Infrastruktur. Mittlerweile scheint sich gemäss polizeilichen Erkenntnissen beweismässig zu erhärten, dass der Brand von den Bewohnern vorsätzlich gelegt wurde, um die Verlegung auf Festland und nach West- und Zentraleuropa zu erzwingen.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Gemeinderat höflich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Worauf stützt der Gemeinderat seine Einschätzung, wonach die Berner Bevölkerung gewillt ist, mehr Migranten aufzunehmen? Dies in Kenntnis, dass der Brand gemäss Polizeiberichten von den Bewohnern wohl vorsätzlich gelegt wurde, um die griechischen Inseln zu verlassen und mit der Aufnahme der Flüchtlinge in der Schweiz «nachvollziehbare» Motive geschaffen werden, die unbeliebten Flüchtlingslager in Griechenland zu zerstören und Griechenland verlassen zu können?
2. Worin besteht die Rechtsgrundlage für eine migrationspolitische Einflussnahme des Gemeinderates auf die Behörden der Eidgenossenschaft? Ist es nicht vielmehr so, dass:
 - auswärtige Angelegenheiten – wie bspw. eine Intervention in Griechenland – Sache des Bundes sind (Art. 54 Abs. 1 BV) sowie
 - Asylunterkünfte dem Bund unterstehen und folglich die Stadt nicht über deren Kapazitäten urteilen kann?
3. Wenn ja, wieso fordert der Gemeinderat gleichwohl in Kenntnis der Aufnahme von Flüchtlingen in Bern?

Wie hoch beziffert der Gemeinderat die Folgekosten für die Aufnahme von zusätzlichen Migranten? Es ist davon auszugehen, dass der überwiegende Teil der Migranten (Stand 2017: 87%) später Sozialhilfe beziehen werden. Diese wird üblicherweise nach fünf, spätestens aber nach sieben Jahren vollumfänglich von der Gemeinde geleistet. Wird dieser Budgetposten entsprechend erhöht und welche Auswirkungen hätte dies auf die Finanzen der Stadt? Welchem Produktgruppenbudget würde dies belastet?

Bern, 15. Oktober 2020

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Erich Hess, Janosch Weyermann, Daniel Michel, Thomas Glauser

Mitunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Ueli Jaisli, Niklaus Mürner, Kurt Rüeegsegger